



# LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen I/10/102.4 Hk

Wolfenbüttel, den 12. Dezember 2017

## Protokoll

### über die 6. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 05.12.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:03 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:01 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Vorsitz

Koch, Harald

##### Ordentliche Mitglieder

Koch, Manfred

Fach, Thomas

Gerndt, Reinhard Dr.

Glier, Andreas

ab TOP 6

Hensel, Falk

Pastewsky, Jürgen

Plumeyer, Henning

##### stellvertretendes Mitglied

Löhr, Norbert

Vertretung für Herrn  
Kreistagsabgeordneten  
Dietmar Fricke

Märtens, Julian

Vertretung für Herrn  
Kreistagsabgeordneten  
Michael Hausmann

Sandte, Michael

Vertretung für Herrn  
Kreistagsabgeordneten  
Lennie Meyn

##### Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Schulz, Hartmut

##### Landrätin

Steinbrügge, Christiana

### **Von der Verwaltung**

Hortig, Martin  
Schillmann, Claus-Jürgen  
Beddig, Heiko  
Henze, Uwe

Dezernent

### **Protokollführerinnen**

Hallmann, Bianca  
Hevekerl, Sandra

### **Es fehlen:**

### **stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)**

Fricke, Dietmar

### **Ordentliche Mitglieder**

Hausmann, Michael  
Meyn, Lennie

---

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit am 17.10.2017 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
  - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Kooperation mit der Ostfalia Hochschule im Bereich Wissens- und Technologietransfer  
Vorlage: XVIII-0239/2017
7. Sachstandsbericht über die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts
8. Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse) - wurde bereits versandt mit der Einladung zur 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung  
Vorlage: XVIII-0237/2017
9. Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e. V.  
Vorlage: XVIII-0240/2017

10. Kündigung der Fördervereinbarung mit TV 38 e.V.  
Vorlage: XVIII-0241/2017
  11. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018-  
Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017/4
  12. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 - wurde  
bereits versandt mit der Einladung zur 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: XVIII-0230/2017
  13. Quartalsbericht III/2017 Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0232/2017
  14. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4  
NKomVG, §§ 23, 5h GO)
  15. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender H. Koch eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18:03 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)**

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)**

Vorsitzender H. Koch stellt die Tagesordnung fest. Änderungen liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit am 17.10.2017 (§§ 23, 5d GO)**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig mit drei Enthaltungsstimmen nachstehenden

## **Beschluss:**

Das Protokoll über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.10.2017 wird genehmigt.

### **TOP 5     Anfragen (§§ 23, 5e GO)**

#### **TOP 5.1   Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und bittet die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner um Wortmeldungen.

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

#### **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet die anwesenden Kreistagsmitglieder um Wortmeldungen. Er stellt fest, dass keine Anfragen von Kreistagsmitgliedern / Ausschussmitgliedern vorliegen.

### **TOP 6     Kooperation mit der Ostfalia Hochschule im Bereich Wissens- und Technologietransfer Vorlage: XVIII-0239/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge lobt die bisherige Kooperation mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaft und betont die Wichtigkeit der Weiterführung dieser Zusammenarbeit. Es entstehe viel Potential dadurch, denn die Forschungen an der Hochschule ließen sich in die betriebliche Praxis integrieren.

KAbg. Hensel hebt ebenfalls hervor, dass die Kooperation eine wichtige und bewährte Komponente im Bereich der Wirtschaftsförderung sei. Seine Fraktion stimme für die Beschlussvorlage.

KAbg. Fach teilt mit, dass auch seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

KAbg. Dr. Gerndt betont, dass er sich bei der Abstimmung über die Beschlussvorlage persönlich enthalte, da die Ostfalia sein Arbeitgeber ist. Seine Fraktion befürworte die Beschlussvorlage.

KAbg. Plumeyer fragt, ob die Mittel für die weitere Zusammenarbeit bereits in den Entwurf des Haushaltsplans eingearbeitet seien. Landrätin Steinbrügge bejaht dies.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehende

## **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Kooperation im Bereich des Wissens- und Innovationstransfer im Landkreis Wolfenbüttel mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaft wird für drei Jahre fortgeführt. Die hierfür erforderlichen Mittel für die Hälfte einer E 11-Stelle TV-L in Höhe von 35.000 Euro und 5.000 Euro Sachkosten werden jeweils im Produkt 5710000000 für die Jahre 2018 bis 2021 bereitgestellt.

## **TOP 7 Sachstandsbericht über die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und übergibt das Wort an den Leiter des Amtes für Zentrale Dienste Herrn Beddig.

Herr Beddig zeigt mithilfe einer Präsentation den Stand der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule und der Sporthalle der Schule am Teichgarten auf.

### Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

KAbg. Plumeyer erkundigt sich, ob anstelle der energetischen Sanierungen ein Abriss und anschließender Neubau der Gebäude kostengünstiger sei. Herr Beddig erwidert, dass die Kosten von Neubauten im Millionenbereich lägen. Erster Kreisrat Hortig ergänzt, dass der laufende Schulbetrieb bei Sanierungen aufrechterhalten werden könne, so dass ein Neubau auch in dieser Hinsicht unangemessen wäre.

KAbg. Plumeyer fragt weiterhin, wie hoch die energetische Einsparung in Euro sei. Sowohl Erster Kreisrat Hortig als auch Herr Beddig betonen, dass Hintergrund des Klimaschutzteilkonzepts die Einsparung von Kohlenstoffdioxid sei. Die monetäre Ersparnis sei nicht ausgerechnet worden, da noch kein tatsächlicher Verbrauch nach den Sanierungen ermittelt werden könne. Erster Kreisrat Hortig sichert eine Übersicht mit hypothetischen Verbrauchszahlen und einem entsprechenden Vergleich zu.

### Anmerkung der Verwaltung:

*Die Einsparungen belaufen sich für die angesprochenen Maßnahmen auf*

- 5.900 € pro Jahr in der Carl-Gotthard-Langhans-Schule, Gebäude D,
- 8.000 € pro Jahr in der Carl-Gotthard-Langhans-Schule, Gebäude E,
- 3.600 € pro Jahr in der Carl-Gotthard-Langhans-Schule, Sporthalle,
- 7.100 € pro Jahr in der Schule Am Teichgarten, Sporthalle.

*Die Einsparungen sind mit dem für den Landkreis Wolfenbüttel aktuellen, anhand öffentlicher Ausschreibung zustande gekommenen Energiepreis errechnet worden.*

## **TOP 8 Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse) - wurde bereits versandt mit der Einladung zur 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung Vorlage: XVIII-0237/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf und bittet den Dezernenten Herrn Schillmann um Erläuterung der Vorlage. Anschließend wird die Diskussion eröffnet.

KAbg. Hensel fragt, ob das bereits vorhandene Entrepreneurship Center so ausgelastet sei, dass sich die Investition in Co-Working Spaces lohnen würde. Landrätin Steinbrügge führt dazu aus, dass das Entrepreneurship Center als Kooperationspartner verstanden werden solle.

KAbg. Hensel erkundigt sich weiterhin, ob eine Gründerkultur, die Co-Working Spaces in Anspruch nehmen würden, vorhanden wäre. Landrätin Steinbrügge macht deutlich, dass diese Arbeitsplätze nicht nur für Gründer gedacht seien, sondern auch für Kleinunternehmer oder Freiberufler.

KAbg. Hensel bringt außerdem den Vorschlag ein, die Mittel mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzuplanen. Herr Schillmann teilt mit, dass mit Bewilligung der Mittel damit begonnen werde, ein Konzept für die Realisierung dieser Arbeitsplätze zu erstellen. Dieses Konzept würden anschließend in den entsprechenden Gremien vorgestellt und diskutiert werden. Mit endgültiger Genehmigung des Konzeptes könne dann auch über die Mittelbereitstellung abschließend entschieden werden.

KAbg. Glier fragt an, ob Co-Working Spaces künftig auch für andere Gemeinden bzw. Samtgemeinden geplant seien oder ob sich auf die beiden in der Vorlage genannten Standorte konzentriert werde. Herr Schillmann erwidert, dass es unter Umständen sinnvoll wäre, auch anderorts solche Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Realisierung würde dann im Rahmen der Wirtschaftsförderung von den Beteiligten initiiert werden müssen.

KAbg. Lühr begrüßt die Bereitstellung von Co-Working Spaces. Die Anmietung von Büroräumen sei oftmals mit längerfristigen Verbindlichkeiten verbunden, die insbesondere Startups, Freiberufler und Mitwirkende an Projekten meist nicht eingehen wollen. Durch das in der Vorlage beschriebene Modell werde der Landkreis als Arbeitsstandort attraktiver.

KAbg. Plumeyer fragt, ob die Mittel bereits in den Entwurf des Haushaltsplans eingearbeitet seien. Herr Schillmann verneint dies.

KAbg. Dr. Gerndt erfragt, ob die Errichtung von FabLabs (Fabrikationslabors) auch angedacht sei. Herr Schillmann spricht sich grundsätzlich dafür aus. Allerdings sei dies eher für die Weiterentwicklung der Standorte gedacht, nicht für die Errichtung.

KAbg. Lühr, KAbg. Fach und KAbg. Dr. Gerndt merken an, dass die innerparteilichen Haushaltsberatungen erst noch stattfinden würden. Daher könne noch nicht über die Sitzungsvorlage entschieden werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Vorlage Nr. XVIII-0237/2017 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

## **TOP 9      Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e. V. Vorlage: XVIII-0240/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf. Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage. Anschließend wird um Wortmeldungen gebeten.

KAbg. Dr. Gerndt erkundigt sich nach der finanziellen Beteiligung der Stadt Salzgitter am Tourismusverband. Landrätin Steinbrügge erläutert, dass sowohl die Stadt Salzgitter als auch der

Landkreis Goslar erheblich weniger zahlen würden als der Landkreis Wolfenbüttel. Beide Kommunen würden lediglich ihren Mitgliedsbeitrag leisten und keine Zuwendungen erbringen. Es werde darauf hingewirkt, dass auch der Landkreis Goslar Zuwendungen ermöglicht, obwohl die Region einen eigenen Tourismusverband habe und auf den Harz konzentriert sei. Bei der Stadt Salzgitter gäbe es derzeit keine Überlegungen diesbezüglich. Im Übrigen zahle die Stadt Wolfenbüttel aktuell einen jährlichen Betrag von 15.000 Euro, welcher auch zukünftig erbracht werde.

KAbg. Plumeyer fragt, ob die Mittel der geplanten Zuwendung bereits in den Entwurf des Haushaltsplans 2018 eingearbeitet worden seien. Landrätin Steinbrügge bejaht dies.

KAbg. Dr. Gerndt interessiert sich für die Evaluation der Ziele. Die Wertschöpfung einiger Maßnahmen könne beispielsweise mit Vergleichszahlen belegt werden. Landrätin Steinbrügge verweist auf das Strategiepapier von Herrn Prof. Dr. Quack von der Ostfalia Hochschule, in welchem Vorschläge zur Messbarkeit genannt seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Strategiepapier ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt (nichtöffentlich).

KAbg. Glier erkundigt sich, warum seitens der Verwaltung eine Anpassung der Zuwendungen in Höhe von 2,5 % geplant sei, obwohl der Geschäftsführende Vorstand eine Steigerung von 4,75 % empfiehlt. Landrätin Steinbrügge begründet die 2,5 % mit tariflichen Steigerungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landkreis gewährt weiterhin jährlich eine Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland in Höhe von 150.000 Euro sowie die von der Gesellschafterversammlung festgelegten Mitgliedsbeiträge. Der Betrag für die Zuwendung wird für die Jahre 2019 bis 2022 jeweils um 2,5% angehoben. Der noch zu zahlende Betrag für das Jahr 2018 in Höhe von 75.000 Euro wird um 1.875 Euro angehoben und im Produkt 5750000000.4318000 veranschlagt.

**TOP 10 Kündigung der Fördervereinbarung mit TV 38 e.V.  
Vorlage: XVIII-0241/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Fördervereinbarung mit TV 38 e.V. wird zum 31.12.2018 gekündigt.

**TOP 11 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das  
Haushaltsjahr 2018- Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für  
Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017/4**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf und eröffnet die Diskussion.

KAbg. Plumeyer bittet um nähere Erläuterungen zu einigen Veränderungen im Stellenplan. Herr Beddig führt diese aus. Im Einzelnen betrifft dies folgende Nummern des zweiten Teils der Vorlagenbegründung:

- Nr. 2: Die 0,35 Stellenanteile würden ohne Zuwachs an Personal eingerichtet. Es erfolgt eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit bei einer Teilzeitkraft.
- Nr. 5: Es sei eine Beamtenstelle für den Bereich des WLW eingerichtet worden, um die formalen Voraussetzungen für eine Ausschreibung zu schaffen. Die Stelle werde sowohl für Beschäftigte als auch für Beamte ausgeschrieben. Werde sie durch einen Beamten besetzt, müsse die Stelle im Stellenplan des Landkreises enthalten sein.
- Nr. 20: Die Aufstockung um 0,5 Vollzeitäquivalenten müsse aufgrund des Bundesteilhabegesetzes dringend geschaffen werden. Die Stelle sei unabhängig von der bereits mit dem Haushaltsplan 2017 neu eingerichteten Stelle im amtsärztlichen Dienst.
- Nr. 23: Derzeit müssen die Aufgaben im Trinkwasser- und Infektionsschutzbereich von 0,5 Stellenanteilen wahrgenommen werden. Künftig werden diese im Rahmen einer Vollzeittätigkeit abdeckt.
- Nr. 30/31: Die technische Sachbearbeitung werde nur um 0,8 statt 1,0 Vollzeitäquivalenten angehoben, da eine andere Mitarbeiterin ihre Stundenanzahl um 0,2 Stellen reduziert hatte. So ergäbe sich insgesamt eine 1,0 Stelle.

KAbg. Plumeyer fragt weiterhin, ob Stellenanteile von den Schulsekretärinnen vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen geprüft und gegebenenfalls gesenkt werden. Landrätin Steinbrügge sichert eine entsprechende Prüfung zu.

KAbg. Plumeyer weist darauf hin, dass eine Stelle für das Amt 60 doppelt erläutert worden sei. Landrätin Steinbrügge bedankt sich für den Hinweis. In den Erläuterungen tauche die Stelle tatsächlich zweimal auf. Im Stellenplan sei nur eine Stelle zusätzlich eingeplant worden.

KAbg. Hensel versichert sich, dass über den Entwurf des Stellenplans das Benehmen mit dem Personalrat hergestellt sei. Weiterhin bittet er um eine Übersicht, aus der die Anzahl der Stellen, die befristet für Projekte über die Anzahl der Stellen aus dem Stellenplan hinausgehen, entnommen werden könne.

*Anmerkung der Verwaltung:*

Die Übersicht ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

KAbg. Koch merkt an, dass bei der Gegenüberstellung der Stellenpläne in der Vorlagenbegründung unter den Buchstaben a), d) und h) eine falsche Differenz errechnet worden sei. Herr Beddig entschuldigt sich dafür und verweist auf den Buchstaben k). Dort stimme die Gesamtzahl.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehenden

**Beschluss:**

Die Vorlage Nr. XVIII-0230/2017/4 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, eine Beschlussempfehlung an den Kreistag anzugeben.

**TOP 12 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 - wurde bereits versandt mit der Einladung zur 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: XVIII-0230/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf und übergibt das Wort an den Leiter der Abteilung Finanzen Herrn Henze.

Herr Henze erläutert den Entwurf des Haushaltsplans anhand einer Präsentation.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Herr Henze informiert darüber, dass sich die Haushaltsplanung im Vergleich zur Vorlage geändert habe. Der Überschuss im Ergebnishaushalt verringere sich von ursprünglich geplanten 3.697.900 Euro auf nun 1.817.600 Euro. Die mittelfristige Planung verändere sich sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt erheblich. Auch könne das Ziel, die Liquiditätskredite bis zum Ende des Jahres 2021 von 27,3 Millionen Euro auf 2,1 Millionen Euro zu reduzieren, nicht erreicht werden. In der Präsentation ist die Senkung der Kreisumlagesätze berücksichtigt.

KAbg. Dr. Gerndt merkt an, dass die kreisangehörigen Kommunen über eine Senkung der Kreisumlage bereits informiert worden seien. Landrätin Steinbrügge weist ausdrücklich darauf hin, dass lediglich eine Senkungsabsicht kommuniziert wurde. Die offizielle Beschlussfassung über die Senkung der Kreisumlage obliege dem Kreistag. Möglich wäre auch eine Absenkung der Kreisumlage um 1 %. Eine Übersicht zur Höhe der Kreisumlage mit dieser Reduzierung werde erstellt.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Übersicht zur Höhe der Kreisumlage bei 1 %-iger Absenkung liegt dem Protokoll als Anlage 5 bei.

KAbg. Koch ergänzt, dass die Kommunen dies wüssten und die Gremien sich nicht davon beeinflussen lassen sollen.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass unabhängig davon seitens der kreisangehörigen Kommunen der Wunsch bestünde, die Personalkostenzuschüsse für die Kindertagesstätten der Stadt, Gemeinden und Samtgemeinden zu steigern. Eine Anhebung der Zuschüsse von 75 % auf 80 % koste den Landkreis ca. 300.000 €. Eine entsprechende Übersicht aufgeteilt nach den einzelnen Kommunen werde erstellt. Seitens des Landkreises sei es nicht möglich, die Kreisumlage in geplantem Umfang zu senken und zusätzlich die Zuschüsse zu erhöhen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Übersicht zur Steigerung der Personalkostenzuschüsse liegt dem Protokoll als Anlage 6 bei.

KAbg. Dr. Gerndt befürwortet die Unterstützung der Kindertagesstätten, da die Kommunen davon in gleicher Höhe profitieren würden. Die Kreisumlage dagegen wäre für jede Kommune individuell zu berechnen. Darüber hinaus schlägt er vor, dass die Kreisumlage im nächsten Jahr nicht um 2 % gesenkt werde, sondern in den nächsten vier Jahren um jeweils 0,5 %.

KAbg. Märtens spricht sich entschieden für eine Senkung der Kreisumlage aus, da die kreisangehörigen Kommunen mit der erwarteten Entlastung ihre Haushalte geplant hätten. Ihnen würde die Planungsgrundlage entzogen. Außerdem werde auch mit den neuen Plandaten ein Überschuss erwartet.

Landrätin Steinbrügge betont nochmals, dass der Kreistag über die Senkung der Kreisumlage entscheiden müsse. Nichts Anderes sei den Kommunen mitgeteilt worden.

KAbg. Löhr erkundigt sich, ob es eine gesetzliche Verpflichtung gäbe, die Kreisumlage bei Überschüssen zu senken. Landrätin Steinbrügge antwortet, dass sich die Kreisumlage am Finanzbedarf des Landkreises für die Aufgabenerfüllung bemäße. Bei Überschüssen sei es fair, die Kommunen durch eine Senkung zu entlasten. Eine gesetzliche Verpflichtung bestehe aber nicht.

KAbg. Glier fragt nach Austauschblättern für den Entwurf des Haushaltsplans. Herr Henze teilt mit, dass es für den Kreisausschuss und Kreistag eine sogenannte Änderungsliste zum Haushalt gäbe, in der die Änderungen aufgelistet seien.

Landrätin Steinbrügge führt aus, dass die Landkreise nach dem Finanzausgleichgesetz verpflichtet seien, die kreisangehörigen Kommunen vor der Festsetzung der Kreisumlage anzuhören. Die Anhörung sei mit Schreiben vom 23.11.2017 unter gleichzeitiger Übersendung des Haushaltes 2018 erfolgt. Der Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Oderwald, Herr Lohmann, habe in seiner Funktion als Sprecher des Arbeitskreises der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel bereits vorab, unter Hinweis auf das voraussichtliche Haushaltsergebnis des Landkreises im Haushaltsjahr 2017, auf die Erwartungen der kreisangehörigen Kommunen hinsichtlich der Senkung der Kreisumlagesätze im Jahre 2018 hingewiesen. Morgen werde eine Informationsveranstaltung für die Hauptverwaltungsbeamten stattfinden. Auf Grundlage der vorliegenden finanziellen Daten der kreisangehörigen Kommunen und unter Berücksichtigung der notwendigen finanziellen Mindestausstattung der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet auf der einen Seite sowie unter Beachtung des Grundsatzes der Deckung des Kreisfinanzbedarfes durch Erhebung einer Kreisumlage auf der anderen Seite sei für das Haushaltsjahr 2018 eine Senkung der Umlagesätze von 53 v.H. auf 51 v.H. bzw. von 50 v.H. auf 49 v.H. vorgeschlagen worden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Vorlage Nr. XVIII-0230/2017 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

### **TOP 13    Quartalsbericht III/2017 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0232/2017**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf und stellt die Sitzungsvorlage vor.

KAbg. Plumeyer bittet um Erklärung, warum der Stand zum 05.10.2017 unter dem Punkt 1 Steuern und ähnliche Abgaben bereits der Prognose für 2017 entspräche. Herr Beddig teilt mit, dass entsprechende Fälligkeiten bereits gewesen seien und es damit auf dieser Position keine Veränderungen mehr geben werde.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

#### **Kenntnisnahme:**

Der Bericht zum 30.09.2017 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 19.026.200,-- €.

## **TOP 14 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 14 auf.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass keine Unterrichtungen Ihrerseits vorlägen.

Erster Kreisrat Hortig informiert, dass sich der Kostenanteil des Landkreises Wolfenbüttel an der Finanzierung des Neubaus eines Führungs- und Lagezentrums inklusive einer integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig erhöht habe. Es seien ursprünglich 1,33 Millionen Euro veranschlagt worden. Nach aktuellem Planungsstand vom 04.09.2017 müsse der Landkreis nun 1,97 Millionen Euro (Erhöhung von 0,64 Millionen Euro) aufbringen. Den nunmehr erhöhten Kostenanteil habe der Landkreis Wolfenbüttel entsprechend § 6 Abs. 2 des "Vertrages über die Finanzierung Neubau eines Führungs- und Lagezentrums inklusive einer integrierten Regionalleitstelle in Braunschweig" (Vertrag FLZ) nach Schlussrechnung der Maßnahme über einen Zeitraum von 30 Jahren durch Teilzahlungen, die über diesen Zeitraum anhand der geltenden Zinssätze für Kommunaldarlehen aufgezinst werden, zu erbringen (= kreditähnliches Rechtsgeschäft). Dem Abschluss des "Vertrages FLZ" sei auf Basis der ersten Kostenschätzung vom Kreistag mit Beschluss vom 17. Oktober 2016 zugestimmt worden. Es werde nun eine neue Genehmigungsvorlage über den höheren Finanzierungsanteil zur Entscheidung im Kreistag erstellt.

## **TOP 15 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)**

Vorsitzender H. Koch ruft den Tagesordnungspunkt 15 auf und bittet die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner nochmals um Wortmeldungen.

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Vorsitzender H. Koch bedankt sich und schließt die Sitzung um 20:01 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführerin